

Ferkelkastration unter Isoflurannarkose auf dem Weg - Tierarztvorbehalt soll fallen

Das Bundeslandwirtschaftsministerium schafft die rechtlichen Grundlagen, um Landwirten die Ferkelkastration unter Narkose mit dem Wirkstoff Isofluran zu ermöglichen. Ein Verordnungsentwurf des Ressorts sieht die Aufhebung des Tierarztvorbehalts für die Kastration unter Isoflurannarkose vor. Voraussetzung für die Durchführung der Kastration soll ein Sachkundenachweis sein. Der Deutsche Bauernverband begrüßte die geplante Aufhebung des Tierarztvorbehalts. Die Kastration unter Isoflurannarkose gehöre in Landwirtehand, „weil die Landwirte es können“, so Generalsekretär Bernhard Krüsken. Bestehende Vorbehalte von Seiten der Tierärzte wies er zurück. Länderberichte 34

Wetterdienst entwickelt Prognosemodell - Dürrewarnung bis zu sechs Wochen im Voraus

Mit einem neuen Langfrist-Prognosemodell will der Deutsche Wetterdienst die Landwirte künftig bis zu sechs Wochen im Voraus vor Dürreperioden warnen und ihnen so eine neue Entscheidungsgrundlage für pflanzenbauliche Maßnahmen an die Hand geben. Für dieses Instrument greift der Wetterdienst auf vorliegende Daten zum Bodenwassergehalt zurück. Das Modul befindet sich in der Testphase für Weizen und soll auf andere Kulturen und verschiedene Starttermine erweitert werden. Nach Darstellung des Wetterdienstes müssen sich die deutschen Landwirte im Zuge des Klimawandels auf häufigere Dürren, aber auch zunehmende Starkregenereignisse einstellen. Länderberichte 35

Otte-Kinast fordert einfachere GAP-Reform - Gegen Anpassung der Düngeverordnung

Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast hat sich mit Blick auf die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für eine einfachere Ausgestaltung der von Brüssel vorgeschlagenen Strategiepläne ausgesprochen. Überdies beklagt die CDU-Politikerin im Interview mit AGRA-EUROPE die Kürzungen in der Zweiten Säule; sie begrüßt hingegen das neue Instrument der Eco-schemes in der Ersten Säule. Außerdem kritisiert die Ressortchefin die von Brüssel geforderten Nachbesserungen an der deutschen Düngeverordnung. Hier drohe ein „Vertrauensbruch“ von Seiten der Landwirte gegenüber der Politik, warnt die Ministerin. EU-Nachrichten 1

Keine Einigung der Ressorts zur Düngung

Das Bundeslandwirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium haben sich bis Ende vergangener Woche nicht auf eine gemeinsame Position zur Änderung der Düngeverordnung einigen können. Die Verhandlungen darüber, welchen Vorschlag man der Europäischen Kommission präsentieren wird, sollen zu Beginn dieser Woche fortgesetzt werden. EU-Umweltkommissar Karmenu Vella hatte die Bundesregierung aufgefordert, bis Ende März einen nachgebesserten Entwurf zur Änderung der Düngeverordnung in Brüssel vorzulegen. Diese Frist wird damit nicht eingehalten. Agrarstaatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens ließ unterdessen keinen Zweifel daran, dass man den zusätzlichen Forderungen der Kommission hinsichtlich der Sperrfristen bei Festmist und Grünland sowie der Düngung auf Hangflächen werde nachkommen müssen. Im Interview kündigt er zugleich an, über den in der landwirtschaftlichen Praxis scharf kritisierten 20-prozentigen Abschlag bei der Stickstoffdüngung in belasteten Gebieten noch einmal mit dem Bundesumweltministerium und der Brüsseler Administration zu diskutieren. Aeikens warnt zugleich vor überzogenen Erwartungen an den Verhandlungsspielraum gegenüber der Europäischen Kommission. Deutschland stehe unmittelbar vor einem Zweitverfahren mit Strafzahlungen. Laut Industrieverband Agrar (IVA) liegen die Absätze von Mineraldünger im laufenden Wirtschaftsjahr bis einschließlich Februar um rund 20 % unter dem Vorjahr. „Die Landwirte setzen Mineraldünger deutlich restriktiver ein als in der Vergangenheit“, erklärte IVA-Hauptgeschäftsführer Dr. Dietrich Pradt. Für ihn ist damit klar, „dass die Maßnahmen der verschärften Düngeverordnung bereits greifen.“ Länderberichte 1